2013/47 Sport

https://www.jungle.world/artikel/2013/47/die-saettigungskrise

Die Olympischen Spiele in der Krise

Die Sättigungskrise

Von **Martin Krauss**

Nicht erst Bayerns Ablehnung der Winterspiele 2022 zeigt die Grenzen der Olympischen Bewegung auf.

Wenn es denn vorbei wäre mit Olympia, hier und jetzt und überall und für immer, ha, das wär ’ne Meldung. Aber vor zehn Tagen haben nur die Einwohner Münchens gemeinsam mit denen dreier bayerischer Gemeinden eine Kandidatur für die Winterspiele 2022 abgelehnt. Jetzt hat die norwegische Hauptstadt Oslo gute Chancen, die Spiele auszurichten, nicht zuletzt, weil bei einer Bürgerbefragung die Mehrheit hier für Olympia votierte.

Es geht also weiter mit Olympia, aber die Olympische Bewegung ist in eine Krise geraten. Darauf weist nicht nur das Votum in Bayern hin. Auch die jüngsten Proteste in Brasilien richteten sich nicht nur gegen die Fußball-WM 2014, sondern auch gegen die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro 2016, und die Bevölkerung im schweizerischen Graubündenhat eine Kandidatur für die Winterspiele 2022 abgelehnt.

Derzeit ist oft zu lesen, Olympische Spiele seien nur noch in autoritären Staaten durchführbar, ja, der demokratische Westen exportiere sozusagen seine Großveranstaltungen, die man sich im Fernsehen anschaue, in irgendwelche Diktaturen. Da denken alle an Sotschi, die russische Stadt, in der im Februar die nächsten Olympischen Winterspiele stattfinden werden, und nicken fleißig. Bloß, und auch wenn ernstzunehmende Leute sich so äußern: Die These stimmt nicht.

Nicht nur, dass Olympia 2012 in London stattfand und die Spiele 2016 in Rio de Janeiro und 2020 in Tokio ausgetragen werden, sind überzeugende Gegenbeispiele; auch das südkoreanische Pyeongchang, Ausrichter der Winterspiele 2018, gehört nicht wirklich zu einer Diktatur – außer für das russische Sotschi 2014 gilt das für alle Olympiastädte (und ob das Putin-Regime wirklich so anders ist als das Regime in so manchem EU-Mitgliedsland, könnte man ja mal in Ruhe überlegen). Es spricht vielmehr sehr viel dafür, dass die vom IOC als Monopolist vermarkteten Olympischen Spiele in einer tiefen Krise stecken, die darin begründet ist, dass der Markt gesättigt ist. Das geht einher mit einem dramatischen Legitimationsverlust des IOC, dem ihr weithin attestiert wird, es sei kein guter Hüter eigentlich guter Werte. Die übliche Kritik am IOC ist aber nur ein Ausdruck, nicht die Ursache der Krise.

Ende der siebziger Jahre war die Olympische Bewegung zuletzt an ihre Grenzen geraten: Die Winterspiele 1976 mussten im letzten Moment nach Innsbruck verlegt werden, weil sich in einem Volksentscheid die Bürger von Denver (USA) gegen die Ausrichtung ausgesprochen hatten. Die kanadische Stadt Montreal verschuldete sich für die Spiele 1976 dauerhaft, faktisch ist sie bis heute pleite. Und sowohl für die Winter- als auch für die Sommerspiele 1980 hatte es nur je einen Bewerber gegeben: Lake Placid (USA) und das sowjetische Moskau; letztere wurden dann noch von den meisten westlichen Staaten boykottiert.

Die damalige Krise wurde kapitalistisch gemeistert. Gefordert war das IOC auch, weil es ernstzunehmende Konkurrenz gab. Der Medienunternehmer Ted Turner, dem unter anderem CNN gehörte, gründete 1984 die »Goodwill Games«, eine Art privatkapitalistisch organisiertes Olympia – ohne Nationenwertung, ohne Fahne und Eid, dafür aber mit den besten Athleten der Welt, die auch Startprämien erhielten. Verwertet wurden die »Goodwill Games« von Turner Broadcasting System – und erst nachdem dieser Konzern an Time Warner verkauft wurde, endeten auch die Goodwill Games: erstmals 1986 in Moskau, letztmals 2001 in Brisbane ausgetragen, insgesamt gab es fünfmal Sommer- und einmal Winterspiele.

In dieser bedrängten Situation akzeptierte das IOC die – nebenbei: einzige – Bewerbung von Los Angeles für 1984, das die Spiele nicht staatlich, sondern privat finanziert durchführen wollte: ein neues Vergesellschaftungsmodell der Olympischen Spiele, eine ähnliche Zäsur wie 1936, als die Nazis die Spiele in Berlin finanzierten und sie zu einem weltweiten Medienereignis machten, das ihren politischen Zwecken diente.

Nun, 1984, bauten Sponsoren die Stadien, und vor allem verdienten das IOC und das lokale Organisationskomitee am Verkauf der Fernsehrechte. Seither haben die meisten Olympischen Spiele mit positiver Bilanz abgeschlossen. Aber nun – die Auswertung der Spiele 2012 in London und, noch mehr, 2008 in China sowie 2004 in Athen zeigt das – sind die Kosten derart gestiegen, dass die Gewinnmargen nur dann noch attraktiv sind, wenn man – wie das IOC – mittels Knebelverträgen alle Belastungen auf die Kommunen überträgt. Die wiederum können und wollen das immer seltener, weil solche Großveranstaltungen sich nachteilig auf die Stadtentwicklungen auswirken. Das macht das Ereignis nicht unattraktiv, wohl aber den Umstand, die Rechnung dafür präsentiert zu bekommen. Manchmal merkt die Bevölkerung so etwas schneller als die politische Führung, zumal, wenn deren Vertreter Seehofer oder Ude oder Beckenbauer heißen. Sofort nach dem Münchner Nein hat sich auch der notorische Klaus Wowereit zu Wort gemeldet, nun könne sich ja Berlin wieder bewerben. Und unser aller Franz Beckenbauer hat darüber nachgedacht, ob man einen Volksentscheid wirklich brauche.

Olympia ist in der Krise, aber die Zukunft Olympias ist nicht in Gefahr. Künftige Ausrichterstädte wie Rio de Janeiro und Tokio zeigen, dass es in vielen Metropolen noch Bedarf gibt, sich durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele zu modernisieren (etwa – das haben fast alle Spiele der jüngeren Zeit gelehrt – um Innenstädte von Sozialbauten und Obdachlosen zu befreien und sie so profitabel zu machen) und sich als Marke auf dem Weltmarkt besser zu platzieren (nicht gerade wenige Städte verdanken ihre weltweite Bekanntheit nur dem Sport). Was aber im Schwinden begriffen ist – und das zeigen die Olympiaablehnungen in Bayern und in Graubünden sowie die Proteste in Brasilien gegen Fußball-WM und Olympia –, ist die Bereitschaft von Staaten beziehungsweise Ausrichterstädten, dem IOC, das seit dem Ende der »Goodwill Games« unangefochten das

Monopol für diese Art Megaevent besitzt, jede noch so teure Bedingung zu erfüllen. Das Verhältnis der Politik zum IOC, das sich im Zuge seines Siegeszugs in den vergangenen 30 Jahren über jedes nationale Rechtssystem stellen und Ausrichterstädten unglaubliche Dinge diktieren konnte, verändert sich derzeit. Doch dies passiert eben nicht aufgrund einer wie auch immer wachsenden Macht der Politik, sondern aufgrund der Sättigung der Märkte für das Produkt Olympia. Es ist nicht die Politik, die – am besten: demokratisch organisiert – in den Metropolen die Richtlinien vorgibt. Es ist vielmehr die Eventisierung, die in immer mehr Metropolen lokale Politik ersetzt. Und diese Vielfalt an – allesamt kapitalistisch organisierten – Großveranstaltungen erlaubt es Städten, auch mal Nein zu Olympia zu sagen: Man hat ja auch die Love Parade, den Christopher Street Day, einen großen Stadtmarathon, ein Champions-League-Finale oder etwas anderes in dieser Preisklasse.

© Jungle World Verlags GmbH